

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

19.9.1930 (No. 218)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Karlsruhe
Telefon Nr. 953
und 954
Postfach Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Amend,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 2,25 RM. einchl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe sind Gelder frei. Bei Wiederholungen laufender Anzeigen, die als Kassensabatt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in der Berechnung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, Zwangsversteigerung und Kontoverfahren fällt der Karlsruher Zeitung die Haftung für die Beschränkung der Haftung über. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Beschneidung, Betriebsänderung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interessent keine Ansprüche, und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelcher Beschädigung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Zentralblatt für Baden, Badischer Staatsanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags, Zentralblatt für Baden, Badischer Staatsanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Kanzler und Parteien

Die Zusammenschlussbewegung im bürgerlichen Lager — Was geht bei den Nationalsozialisten vor?

M. Berlin, 19. Sept. (Priv.-Tel.) Während der Zwischenzeit, die vor dem Zusammenritt des Reichstags noch übrig bleibt, versuchen die einzelnen Parteien Fühlung miteinander zu bekommen. Zweifellos spricht zum Teil dabei die Erwägung mit, daß man in größerer Fraktionsstärke erscheinen müsse, um Ansprüche erheben zu können. So wird vielfach geglaubt, daß es zwischen Bayerischer Volkspartei und Zentrum zu einer Einigung kommt, die den Zweck hätte, daß diese Gruppierung ihrer Abgeordnetenzahl nach die Kommunisten überflügeln würde, und ebenso ist ja schon von einem Zusammenschluß der Christlich-Sozialen, des Landbundes und des Landvolks die Rede. Eigenartig berühren dagegen die Vorgänge auf der rechten Seite. Die Deutschnationalen haben einen Korb von den Nationalsozialisten bekommen. Sittler hat mit aller Entschiedenheit sich dagegen gewendet, und sein Organ, der „Wöllische Beobachter“, erklärte, daß von irgend-einer Fraktionsgemeinschaft nicht die Rede sein könnte, die Eugenberg ursprünglich deshalb erstrebt hat, weil dann diese Gemeinschaft den Reichstagspräsidenten als größte Partei stellen könnte. Das hat sich aber inzwischen geändert, weil man im deutschnationalen Lager doch keine Neigung verspürt, als Anhängel der Nationalsozialisten zu gelten. Interessant ist, daß die Stimmung bei den Nationalsozialisten für positive Arbeit überwiegend weit größer ist, als bei Eugenberg, der lieber in der Opposition bleiben möchte. Es scheint auch, als ob gewisse Kräfte in der Bildung begriffen sind, zwischen den Deutschnationalen und den selbstständigen Agrarparteien, die allerdings nicht einheitlich dabei sind. Ihr rechter Flügel neigt dazu, doch leisten ihm die Leute um Schiele erhebliche Widerstände, wobei sie auch von den Volkserkennern unterstützt werden.

Wie gemeldet wird, sieht der Reichskanzler keine Veranlassung, die Unterhaltungen mit führenden Persönlichkeiten der Parteien, die die Regierung stützen, irgendwie zu forcieren. Dagegen sind die Besprechungen der bürgerlichen Gruppen, die sich enger zusammenschließen wollen, recht lebhaft geworden.

Von beteiligter Seite wird berichtet, daß die Fraktion der gemäßigten Rechten, die über 40 Abgeordnete umfassen soll, so gut wie fertig sei. Die Christlich-Sozialen haben zwar am Mittwochmittag noch eine Erklärung veröffentlicht, aus der man unter Umständen eine Ablehnung herauslesen konnte. Die Verhandlungen mit ihnen haben aber erst am Mittwochabend stattgefunden, und sollen einen durchaus befriedigenden Verlauf genommen haben. Die Bemühungen um den größeren Zusammenschluß im bürgerlichen Lager, nämlich um die Arbeitsgemeinschaft von Schiele bis Koch-Weser, stoßen dadurch auf Schwierigkeiten, daß von der gemäßigten Rechten ein Zusammengehen mit der Staatspartei abgelehnt wird. Man rechnet deshalb damit, daß zunächst nur eine Kombination von Deutscher Volkspartei, Wirtschaftspartei und der gemäßigten Rechten zustande kommt. Sie werde immerhin noch über 90 Abgeordnete umfassen. Es heißt, daß die Bemühungen, die einer solchen Beschränkung Rechnung tragen, recht günstig ständen.

Inzwischen beschäftigen sich die Berliner Blätter vor allem mit der Entwicklung innerhalb der Nationalsozialistischen Partei. Diesen Erörterungen liegt eine Sensationsmeldung eines kommunistischen Blattes zugrunde, worin behauptet wurde, daß die Nationalsozialisten einen militärischen Putsch vorbereiteten, für den die verhältnismäßig ruhigen Erklärungen, die Hitler am Dienstagabend in München abgegeben hat, nur die Kulisse seien.

Die zuständigen Regierungsstellen messen dieser Meldung aber keinen erheblichen Wert bei. Selbstverständlich verfolgen sie die Entwicklung im nationalsozialistischen Lager mit der gebotenen Aufmerksamkeit. Es wird aber darauf hingewiesen, daß keinerlei Grund vorliegt, nervös zu werden, weil die Machtmittel des Staates stark genug sind, um irgendwelchen ernsthaften Machenschaften zu begegnen. Tatsächlich scheint bei den Nationalsozialisten auch die Tendenz absolut vorzuherrschen, wenn möglich, den Weg in die Regierung zu suchen. So ist auch eine Anweisung der Hauptgeschäftsstelle Sittlers an alle Parteizeitungen zu werden, die verlangt, daß keine Äußerungen über „Möglichkeiten kommender politischer Entwicklung und Regierungsabänderung“ gebracht werden. In diesem Zusammenhang wird übrigens demitiert, daß Sittler sein Hauptquartier nach Berlin zu verlegen beabsichtige. Die Vermutung geht angeblich darauf zurück, daß die Parteileitung innerhalb Münchens andere Geschäftsräume bezieht.

Der „Wöll. Beob.“ schreibt unter der Überschrift „Münchener Kombination“, daß eine Fraktionsgemeinschaft mit der Deutschnationalen Volkspartei absolut undiskutabel sei, da die Nationalsozialisten eine sozialrevolutionäre, die Deutschnationale Volkspartei aber eine sozialreaktionäre Partei sei.

Letzte Nachrichten

Die Minderheitenfrage

Eine Rede des Reichsministers a. D. Koch-Weser

W.D. Genf, 19. Sept. (Tel.) Der politische Austausch der Völkerbundsversammlung begann heute mit der Beratung über die Minderheitenfrage, die durch einen Antrag der deutschen Delegation vor die diesjährige Völkerbundsversammlung gebracht worden ist. Gegenüber gewissen Bestrebungen, die Minderheitenfrage von einer regelmäßigen, alljährlichen Behandlung durch die Völkerbundsversammlung auszuscheiden, verfolgt der deutsche Antrag den Zweck, das Interesse des Völkerbundes an diesen Fragen ständig wachzuhalten.

Koch-Weser legte den Standpunkt der deutschen Regierung dar. Die Minderheitenfrage müsse eine befriedigende Lösung finden, wenn eine politische Entspannung in Europa erreicht werden soll. Der Jahresbericht des Generalsekretärs sei in bezug auf das Minderheitenproblem sehr wenig ausgefallen. Die Auslegung der Bestimmungen über die Zulässigkeit von Beschwerden müsse möglichst weitgehend gehandhabt werden. Man begeht einen schweren Fehler, wenn man Minderheitenpetitionen grundsätzlich als relativ belanglose Sachen ansehen will. Es wäre dringend zu wünschen, daß die Dreierkommission auch möglichst weitgehenden Gebrauch von der Veröffentlichung ihrer Untersuchungen mache. Die Briefe der Dreierkommission an die Ratsmitglieder müßten eine erschöpfende Übersicht über den Gegenstand der Streitfrage enthalten. Der Kern dieses Problems ist nicht mehr und nicht weniger, als den Minderheiten den Schutz ihrer Menschenrechte auf Wahrung ihres Volkstums, ihrer Muttersprache, ihrer Kultur und Religion im Rahmen des Staates, in dem sie leben, nicht nur rechtlich zu verbürgen, sondern auch praktisch zu verwirklichen. Die gegebenen Mittel zwischen zwei Kulturen und damit die Vorkämpfer des geeinten Europas sind die Minderheiten. Die Befriedigung und Annäherung Europas ist in erster Linie die Befriedigung der Minderheiten.

Die Wirtschaftspragen Paneuropas

Unterredung Curtius-Briand

W.D. Paris, 19. Sept. (Tel.) Über eine gestern in Genf stattgefundene Unterredung von Reichsaussenminister Dr. Curtius mit Außenminister Briand will der Außenpolitiker des „Matin“ berichten können, daß Curtius und Briand sich zunächst über die Vorschläge betr. das Verfahren für die weitere Behandlung des Europaplanes verständigt hätten. Beide seien der Ansicht, daß der Ausschuss bereits jetzt gebildet werden und zwischen den beiden Völkerbundsstaaten in Tätigkeit treten müsse. Dr. Curtius habe natürlich seinen Standpunkt geltend gemacht, daß die dringendste Aufgabe sein würde, gewisse wirtschaftliche und namentlich landwirtschaftliche Fragen in Angriff zu nehmen. Es sei in der Tat nicht unmöglich, daß Europa binnen kurzem und vor allem nach den Debatten, die sich innerhalb der ersten Kommission des Völkerbundes entspinnten würden, sich genötigt sehen werde, der sich unaufhörlich verschärfenden Krise abzuhelfen. Die beiden Außenminister hätten sich alsdann auch über die deutschen Fragen unterhalten. In dieser Frage seien sie jedoch gezwungen, ihre Betrachtungen für sich zu behalten.

W.D. London, 19. Sept. (Tel.) Der parlamentarische Korrespondent des „Daily Herald“ schreibt: Nicht die Arbeitslosigkeit und die Lage der Landwirtschaft, sondern die gesamte politische Lage wurde in der gestrigen Konferenz zwischen dem Premierminister, Schatzkanzler und Lloyd George erörtert. Die Reichskonferenz, Indien und der Völkerbund wurden offen zwischen MacDonald und dem Führer der liberalen Opposition besprochen. Die Beratungen werden in der nächsten Woche fortgesetzt werden.

Die verhafteten polnischen Abgeordneten

W.D. Warschau, 19. Sept. (Tel.) Oberst Biernacki, dem die Festung Brest-Litovsk unterstellt ist, hat den Familienangehörigen der verhafteten Abgeordneten erklärt, daß er ohne Erlaubnis Pilsudskis weder Arznen noch Rissen, Zahnbürsten, Zigaretten oder ähnliche Gegenstände zur Weitergabe an die Verhafteten annehmen könne. Diese Erlaubnis sei bisher nicht erteilt worden.

Da die Gefangenen in Brest-Litovsk auch weiterhin vollkommen isoliert sind und weder Familienangehörige noch Verteidiger zugelassen werden, befürchtet man in politischen Kreisen, daß die Unterzeichnung der Wahlklärungen durch die verhafteten Abgeordneten, die jeder Kandidat unterzeichnen muß, unmöglich gemacht wird. Verschiedene der verhafteten Abgeordneten haben allerdings vorsichtigerweise die Erklärung schon vorher unterzeichnet.

Vermittlung zwischen Beking und Nanjing?

W.D. Nanjing, 19. Sept. (Tel.) Die Meldung, daß der Nachthaber der Mandchurei, Tschangshueiung, zwischen der Nordpartei und der Nanjing-Regierung vermitteln wolle, wird hier offiziell bestätigt. Tschangshueiung habe den Führern der Nordarmee dringend geraten, die Feindseligkeiten einzustellen. Andernfalls werde die Mandchurei energische Maßnahmen gegen die Nordarmee ergreifen.

Die parteiartige Stellungnahme zu den jetzt aufgerollten Fragen außen- und innenpolitischer Natur würde zu dem Zeitpunkt erfolgen, an dem dies zweckmäßig erscheine. Bis dahin seien alle Kombinationen persönliche Angelegenheiten.

Wirtschaftliche Umschau

Gegen die unnötige Einfuhr — Deutsches Holz Die Lage der Schuhindustrie

Aufs neue wenden sich führende Kreise der deutschen Wirtschaft in einem der Öffentlichkeit übergebenen Aufruf, in dem die Gründung eines „Volkswirtschaftlichen Aufklärungsdienstes“ mitgeteilt wird, gegen die überflüssige und schädliche Wareneinfuhr aus dem Ausland. Wir beziehen jährlich aus dem Ausland für fast 4 Milliarden Reichsmark landwirtschaftliche und für fast 3 Milliarden Reichsmark Industrieerzeugnisse! Es handelt sich hier um ein für Deutschland gerade jetzt außerordentlich wichtiges Problem, da die Vermehrung der Ausfuhr allein uns unmöglich die Überschüsse bringen kann, die wir zur Aufrechterhaltung unserer Existenz und zur Abdeckung unserer Schulden brauchen, und da die erfreuliche Steigerung der Ausfuhrziffern noch lange nicht genügt. Weil es uns, sowohl wegen der zu erwartenden Vergeltungsmaßnahmen des Auslandes wie auch wegen der Notwendigkeit, die Lebenshaltungskosten auf einer erträglichen Höhe zu halten, nicht möglich ist, einfach entsprechende Zollmauern zu errichten, bleibt vor allem die volkswirtschaftliche Erziehung der Allgemeinheit, nicht nur der Konsumenten, sondern auch der Produzenten und des Handels. Es ist gut und unbedingt notwendig, dem Konsumenten zu sagen, er solle unter allen Umständen der heimischen Ware den Vorzug geben, wenn sie bei gleichem Preis und gleicher Ausstattung in gleicher Güte wie ausländische angeboten wird. Es muß aber auch dafür gesorgt werden, daß entsprechende deutsche Ware überall angeboten wird und erhältlich ist.

So ist die deutsche Markenbutter zweifellos der dänischen gleichwertig. Will man die Summe von 500 Millionen Reichsmark, die jährlich für Butter in das Ausland gehen, stärker und wirksamer abbauen als bisher, dann muß eben in jedem deutschen Geschäft auch deutsche Markenbutter zu erhalten sein. Dies ist namentlich in kleineren Geschäften nicht der Fall, wo es außer der einfachen Volkereibutter vielfach nur die dänische Butter mit dem bekannten grünen Kleblatt gibt, während z. B. die Warenhäuser davon eine lobenswerte Ausnahme machen. Neben Konsument und Einzelhändler haben eben hier vor allem Produktion und Vertrieb der deutschen Markenbutter ihre großen volkswirtschaftlichen Aufgaben. Einfacher liegen sicher die Dinge in Käse. Es gibt so viele ausgezeichnete deutsche Käsesorten, die überall erhältlich sind, daß wir auf den Genuß ausländischer Käses vollständig verzichten können, und erfreulicherweise ist ausländischer Camembert z. B. durch die hervorragenden deutschen Sorten so gut wie vollständig verdrängt. Ein anderes Kapitel ist das Biskener Bier, dessen ganz unnötige Einfuhr nun schon im Jahr auf 200 000 Hektoliter angewachsen ist. Es gibt unzählige Minuszahlen, die bei Selbsterziehung des deutschen Publikums unschwer in ein Plus für die deutsche Volkswirtschaft umgewandelt werden könnten. Dabei sei nur an den großen Verbrauch von ausländischen Duffstoffen, Seife usw. erinnert, der bei dem hohen Stand der deutschen Produktion ganz unterbleiben kann. Längst ist es auch bekannt, daß die Vorliebe für Fremdes den deutschen Käufer auch direkt täuscht, wie bei manchen „englischen“ Stoffen, die aus deutschen und tschechischen Webereien stammen. Daß auf andern Gebieten auch die deutsche Produktion sehr im Rückstand ist, ist bekannt, ebenso aber ist es sicher, daß sie bei entsprechendem Ausbau unsere Zahlungsbilanz weitgehend entlasten kann, wie z. B. in der Gemüse- und Obstkultur. Es liegen hier weiter große Aufgaben für die Öffentlichkeit vor. Zu begrüßen ist es, daß nun auch von privater Seite eine Bewegung für die einheimische Ware organisiert wird.

Zur Frage der Holzpreise war von seiten des Waldbesitzes eine Einschränkung des Holzbezugs aus Rußland und Polen verlangt worden, mit der Begründung, daß die deutschen Wälder zur Deckung unseres Holzbedarfes ausreichend seien. Dies wird nun von seiten des Holzhandels bestritten, da unter den 50 Millionen Festmeter Holztrag der deutschen Wälder nur die Hälfte Nutzholz, das übrige aber Brennholz sei. Auch schon in der Vorkriegszeit wurde der deutsche Holzbedarf zu einem Drittel vom Ausland gedeckt. Gegenwärtig stehe der Schnittholzeindez immer noch auf 130 Proz. des Vorkriegspreises.

Mit der Beilage: Offizielle Gewinnliste der 19. Geldlotterie zur Wiederherstellung des St. Nikolaus-Münsters in Überlingen am Bodensee.

und sein Stand vor zwei Jahren (160 Proz.) habe wesentlich zur Verdrängung des Holzes durch Ersatzstoffe beigetragen. Heute stehen viele Metalle und eine Reihe von Rohstoffen unter dem Vorkriegsindex, und das Holz könnte allein nicht künstlich vom Preisabbau ausgeschlossen werden.

Es ist natürlich nicht angängig, daß durch Errichtung von Zollschranken, oder andere handelspolitische Maßnahmen die Preise für den Rohstoff Holz künstlich hochgehalten oder erhöht werden, und es stände dies auch mit den Preisabbauanstrebungen im Widerspruch, zumal bei einem Material, das solche Wichtigkeit für die Belegung des Baumarktes wie das Holz hat. Kuplands Ausfuhr nach Deutschland ist übrigens, wie aus den Mitteilungen des Handels weiter zu entnehmen ist, vorwiegend Papierholzeinfuhr, während Polen in steigendem Maß Rundholz und Schnittholz nach Deutschland ausführt. Eine starke Papierholzeinfuhr werden wir auf keinen Fall entbehren können, doch müßten jetzt aus volkswirtschaftlichen Gründen (Zahlungsbilanz und Arbeitsmarkt) alle Mittel angewendet werden, um den Bedarf an jungem Holz, vor allem Bauholz, in möglichst großem Umfang aus den deutschen Wäldern zu decken, selbst wenn das schließlich größere Einschläge als die waldbirtschaftlich üblichen zur Folge hätte. Dies ist außerdem kaum zu befürchten, da ja der Holzschlag vielfach herabgesetzt wurde. Die Belegung des inländischen Holzbedarfes könnte vor allem dadurch gesteigert werden, daß die öffentlichen Körperschaften, wie das auch bereits vielfach geschehen ist, die Verwendung inländischen Holzes für ihre Aufträge vorschreiben. Auch ein entsprechender Ausbau der Bahntarife könnte in dieser Richtung wirken. Auf jeden Fall und mit allen Mitteln müßte die Einfuhr verarbeiteten Holzes eingeschränkt werden, um die Beschäftigung und die Löhne dem Inland zu sichern. Auch Vereinfachungen des öffentlichen Zuschlagverfahrens bei Holzverkäufen werden vom Handel verlangt, der übrigens gerade in einer Herabsetzung der fiskalischen Holzpreise eine wirksame Krisenfürsorge erblickt.

Die deutsche Schuhindustrie hat nach großen Schwierigkeiten, die sich u. a. recht sinnfällig in unserem pflanzlichen Nachbarplatz Birmasens zeigten, im ersten Halbjahr 1930 nun doch wieder einen erfreulichen Aufschwung genommen, ist also ein Produktionszweig, dessen Entwicklung eine Ausnahme unter den meisten übrigen darstellt, dabei ist allerdings nicht zu übersehen, daß auch gegenwärtig noch nur 60 bis 70 Proz. der Kapazität dieser Industrie ausgenutzt werden und nur 70 Proz. der Schuharbeiter beschäftigt sind. Der Grund für die bessere Entwicklung ist in durch die Not der Industrie erzwungenen weitgehenden Rationalisierungsmaßnahmen und der Bevorzugung der Herstellung von Leichtschuhwerk zu sehen. Die Industrie ist dadurch dem Ausland gegenüber trotz der auf der deutschen Produktion liegenden, besonderen Lasten durchaus konkurrenzfähig geworden. Die Schuheinfuhr ging seit Mitte vorigen Jahres scharf zurück, und der Außenhandel in Schuhen wurde wieder stark aktiv. Während die Schuhindustrien der anderen Länder mit erheblichen Absatzschwierigkeiten zu kämpfen haben und zum Teil Rückgänge bis 10 Proz. gegenüber dem Vorjahr aufweisen, ist die deutsche Schuhschulproduktion während dieser Zeit um die Hälfte gesteigert worden. Dabei bestehen noch weitere Entwicklungsmöglichkeiten, zunächst im Inland, wo der Schuhverbrauch pro Kopf der Bevölkerung und Jahr erst halb so groß ist wie in Amerika (2,6 Paar). Auch betrug der Anteil der deutschen Schuhproduktion an der Gesamtexportfuhr erst 8 Proz. (in der Tschechoslowakei 40 Proz.).

Der bekannte tschechische Schuhfabrikant Bata, der „europäische Schuhkönig“, sucht jetzt nach Mitteln, die Produktion in Deutschland selbst aufzunehmen, nachdem er im vorigen Jahr das deutsche Schuhhandelsunternehmen Romeo-AG mit Väden in einer Reihe von Großstädten erworben hat. Er steht jetzt in Verhandlungen mit dem preussischen Staat über Erwerbung eines großen Fabrikgeländes bei Cosel (Oberschlesien), wo er eine Fabrik mit zunächst 2000 bis 3000 Arbeitern errichten will. Naturgemäß erhebt sich gegen das Projekt in deutschen Kreisen starke Opposition, wobei jedoch, was die Vorwürfe gegen den preussischen Staat anlangt, darauf hinzuweisen ist, daß Bata jederzeit auch von privater Seite oder von Gemeinden entsprechende Grundstücke erwerben könnte. Außerdem hat Preußen Bedingungen gestellt, die von Bata zunächst als nicht tragbar bezeichnet wurden, die er aber jetzt, wie es heißt, annehmen will. Vor allem verlangt Preußen, daß mit Ausnahme des ersten Jahres nur deutsche Arbeiter und Angestellte beschäftigt werden dürfen. Es handelt sich um sozialpolitische Sicherungen, ferner Sicherungen gegen eine Überschwemmung mit leitenden tschechischen Angestellten und Wahrung der Interessen des schlesischen Handwerks, dem Bata schon jetzt in den Grenzgebieten stärkste Konkurrenz macht. Dem Hinweis, daß durch die Aniedlung Batas in Deutschland die Arbeitslosigkeit vermindert werde, wird entgegengehalten, daß der Beschäftigungsausfall eben die in deutschem Besitz befindlichen Fabriken treffen müßte und andernorts, in Mittel- und Süddeutschland, Stilllegungen herbeiführen könnte. Ferner begegnet Bata's besonderes Arbeitssystem auch dem Widerstand der Arbeiterschaft. Bata läßt sich auf keinerlei Tarifverträge und Verhandlungen mit den Gewerkschaften ein. Seine Fabriken bestehen eigentlich aus Zwischenorganisationen zwischen Arbeitern und Unternehmern. Der Arbeiter verkauft den Unternehmern die mit geliehenem Werkzeug produzierte Ware. Er ist nicht nur am Gewinn beteiligt, auf den er wegen des geringen Mindestlohnes angewiesen ist, sondern trägt auch insofern ein gewisses Verlustrisiko, als er für verdorbene oder schlecht ausfallende Ware aufzukommen hat. Daß Bata gerade den Grenzbezirk Oberschlesien für seine deutsche Fabrik in Aussicht nimmt, liegt daran, daß er dort am ehesten die für sein System geeignete Arbeiterschaft zu finden hofft, zumal in Oberschlesien zur Zeit rund 2000 Schuhmacher erwerbslos sind. Der Wert der Jahreserzeugung des deutschen Bata-Betriebes würde zunächst etwa auf 25 Mill. Reichsmark anzunehmen sein, d. h. 3 Proz. der deutschen Schuhproduktion, die 1929 einen Wert von rund 850 Millionen Reichsmark hatte.

Reichswehrminister Gröner hielt in Kiffingen bei einem Empfang der Wanderversität eine Rede, in der er u. a. energisch die im Ausland verbreitete Meinung, Deutschland könne durch die Heranziehung von Reservisten binnen kurzem ein großes Heer aufstellen, sowie alle Gerüchte, die Reichswehr betreibe eine besondere Außenpolitik, zurückwies.

Prozeß Dürstberg-Bornemann. In einer Verleumdungsflagge des zweiten Bundesführers des Stahlhelms, Oberleutnant a. D. Dürstberg, gegen den Geschäftsführer des Jungdeutschen Ordens, Bornemann, und den Hauptgeschäftsführer der Zeitung „Der Jungdeutsche“, Pastenaet, wurden Bornemann und Pastenaet wegen Verleumdung in einem Falle zu je 50 M. Geldstrafe verurteilt. Im Jungdeutschen war behauptet worden, der Stahlhelm habe mit französischen Offizieren Verhandlungen geführt. Das Urteil dürfte erst morgen zu erwarten sein.

Gegen Max Hölz wurde wegen seiner aufreizenden Rede im Berliner Sportpalast ein Haftbefehl erlassen. Hölz soll aus Falkenstein, wo er sich noch am letzten Sonntag aufhielt, verschwunden sein und ist jetzt durch die Nachricht des Leipziger Blattes noch ausdrücklich gewarnt worden.

unprofilert und flüchtig erscheinen, obwohl auch hier Ausnahmen von solch imponierender Größe wie Hagen vorhanden sind, sondern in der geistigen Durchdringung des Stoffes und seiner Umgestaltung im Sinne edler Gebilde, d. h. entwicklungsgehistorischer Tragikauffassung. Dazu stellt er die Nibelungenepos in die Zeitwende zwischen Heidentum und Christentum, wobei Hagen der heidnische Pol und Dietrich von Bern der christliche Pol ist. Die Trilogie setzt ein mit der Verneinung des Christengottes durch Hagen und endet mit dem Gelöbnis Dietrichs: „Im Namen des Herrn, der am Kreuz erblüht!“ Durch die ganze Trilogie hindurch begegnen wir immer wieder den „Wegweisern“, die auf diesen heidnisch-christlichen Gegensatz, auf diese Welt- und Zeitenwende hindeuten. Auch das Grundmotiv der Treue, das in den verschiedenartigsten Abwandlungen wie Hagens Vasallentreue, Kriemhilds Gatten-treue, Rübigers Freundestreue, Dietrichs Gottesstreue das Drama durchzieht und trägt, zeigt diesen polaren Gegensatz. In der Darstellung von diesem Treuemotiv steht Hebbel die eigentliche Absicht der Dichtung, wie er selbst schreibt, als er sein Werk dem Berliner Hoftheater zur Aufführung anbietet: „Wenn der Dichter überhaupt bei seiner Arbeit etwas leisten darf, so leitet mich der Wunsch, unsern deutschen Volk in einem Bilde aus der fernsten Artzeit zu zeigen, daß es von jeher nur durch Ehre und Treue groß geworden ist. Daran zu mahnen, dürfte im gegenwärtigen Moment, wo die Sturm-wolken von 1789 in beiderlei Gestalt wieder heraufzusteigen scheinen, der Bühne nicht unwürdig sein.“ Auch heute scheint mir diese Mahnung nicht unangebracht, so daß das Kulturtheater direkt zum Zeittheater werden könnte.

Felix Naumbach hat die Trilogie inszeniert, indem er am ersten Abend das Vorspiel „Der gehörnte Siegfried“ und das Trauerspiel „Siegfrieds Tod“, am zweiten Abend das Trauerspiel „Kriemhilds Rache“ zur Aufführung brachte. Seine Regie war konsequent. Nur ganz vorichtig fügte er den Text, wobei er sich auch darin durchaus an bewährte Tradition hielt, wo er von ihr abwich, geschah es zur Erhaltung des Dichtertextes, nicht zu seiner Streichung. Da er schon die Verfüge, wie sie in den letzten Jahren an verschiedenen Orten gemacht werden, um die Trilogie zu einer einzigen Abendvorstellung zusammenzuführen, ablehnte, so war seine Methode berechtigt, um so berechtigter, als er, durch Wechsel von Vor- und Hinterbühne mittels Zwischenvorhang, für je eine Aufführung kaum drei Stunden benötigte.

Die Lage in Preußen

Die Wirtschaftspartei für Landtagsauflösung

M. Berlin, 19. Sept. (Priv.-Tel.) Im Preussischen Landtag hat die Wirtschaftspartei einen Antrag auf Landtagsauflösung eingebracht, obwohl sie nach den Erfahrungen bei den Reichstagswahlen dabei keine Vorteile haben könnte. An sich erscheint der Antrag aus-sichtslos, da die Weimarer Koalition stark genug ist, ihn abzuwehren. Man glaubt auch in politischen Kreisen nicht, daß die übrige Mitte sich auf dieses gefährliche Unternehmen einlassen wird. Andererseits befürchtet man aber von diesem Antrag neue Spannungen in der Reichspolitikal, namentlich zwischen der Wirtschaftspartei und benachbarten Gruppen, wie dem Zentrum und der Staatspartei, die darin einen Zwang sehen, dem sie sich nicht fügen werden.

Die Zahl der Landtagsabgeordneten, die jetzt 450 beträgt, würde sich danach auf etwa 540 erhöhen. Die Sozialdemokraten, die bisher 138 Abgeordnete haben, würden etwa 134 Sitze erhalten. Die Kommunisten würden statt 76 Sitze 50, das Zentrum 78 (bisher 71), die Deutsche Volkspartei 27 (bisher 40), die Staatspartei 16 (bisher 21), die Wirtschaftspartei 20 (bisher 21), die Kommunisten 80 (bisher 53), die Nationalsozialisten 104 (bisher —) und Landvolk, Konser-vative, Hannoveraner und Christlicher Volksdienst zusammen etwas mehr als 80 Sitze erhalten.

Die Reichstagswahl u. das preussische Parlament

Eine Umrechnung des Ergebnisses der Reichstagswahlen auf den preussischen Landtag ergibt nach Berechnungen der D. folgendes Bild:

Die gegenwärtige, aus Sozialdemokraten, Zentrum und Demokraten bestehende preussische Regierungskoalition verfügt beinahe über 230 Sitze, also über eine Mehrheit von 10 Stimmen. Die Koalition würde infolge des Zuwachses beim Zentrum ihre Mandatszahl ungefähr behauptet haben, wäre aber trotzdem stark in die Minderheit gedrängt, da die Opposition eine Mehrheit von mehr als 80 Stimmen haben würde. Auch unter Einfluß der Deutschen Volkspartei, also nach Bildung der Großen Koalition, wäre keine Mehrheit vorhanden. Genau wie im Reich würde nur eine Große Koalition mit Einfluß der Wirtschaftspartei über eine Mehrheit verfügen oder nach Auflösung der jetzigen Koalition ein Rechts-bloß mit Einfluß des Zentrums.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten (GWA) veranstaltet in München vom 18. bis 21. September seinen 5. Bundestag, verbunden mit dem 5. Deutschen Angestelltenkongress. Der Bund kann dabei zugleich die Feier seines 10jährigen Jubiläums begehen.

Ein russischer Protest in Paris. Der Sowjetbotschafter in Paris erhob bei der französischen Regierung formellen Protest anlässlich der am 6. September in Paris abgehaltenen Militärparade russischer Emigranten am Grabe des Unbekannten Soldaten. Der Generalsekretär des französischen Außenamtes gab die Versicherung ab, daß Maßnahmen er-griffen werden würden, um die Wiederholung derartiger Vor-fälle zu verhindern.

Vier Millionen Arbeitslose in den Vereinigten Staaten von Amerika. Den „Times“ wird aus New York gemeldet, daß das Arbeitsministerium erneut eine Zunahme der Zahl der Arbeitslosen festgestellt habe. Die genaue Arbeitslosenziffer sei nicht bekannt. Nach Berechnungen von Volkswirtschaftlern betrug die Zahl der Arbeitslosen in den letzten Monaten in den Vereinigten Staaten nicht weniger als 4 Millionen.

Die Szenenbilder schuf Forsten Oechl, die Kostüme Margarete Schellenberg. Beide gaben damit dem Regisseur wert-volle Hilfe. Die Bühnenbilder stellen das Welt in vormittel-alterliche Zeit und waren dadurch der geeignete Rahmen für das Zeitwendegeheimnis. Auch in der Färbung der Geschichts-dämmerung durchaus erfolgreich.

Wir erleben eine wohlüberlegte, klug durchdachte Klas-sikeraufführung einer Verkörperung, die Einbildungskraft und Größe nicht vernünftigen lieh. Die Form erinnert deshalb aber mehr an Schiller und den romantischen Shakespeare als an Hebbel. Nur am zweiten Abend in „Kriemhilds Rache“ wurde diese Form zerplatzt. Dadurch wurde der Höhepunkt der Trilogie erreicht. Das war Stefan Dahlens Verdienst als König Oechl. Er zerriß das Verespigonement, indem er statt des klassischen Helden und Reden den neugeistlichen Werben-menschen in Oechl uns erleben ließ. Von bewundernswürdiger Einheit in Maske, Gebärde und Sprechton zeigt er den König Oechl als mongolischen Kraftmenschen, an dem schon der Wurm der Skepsis nagt. Seine Maske ist nur erzwungen, alles in ihm ist Nerv, vibriert, ist reizbar. Er, der Humankönig, die Geißel der Welt, ist ein leidender Mensch. Menschlicher nicht nur als Hagen, Kriemhild und alle anderen, auch als Dietrich von Bern. Man mag die Frage stellen, ob diese Auffassung noch mit der Hebbels sich deckt. Mir ist die Antwort gleich-gültig, wenn ich sie auch bejahen würde. Dahlens Oechl hat das Interesse der Zuschauer an sich gerissen, die Distanz, die die klassischen Verkörperungen zwischen Bühne und Zuschauer-raum schufen und wählten, leidenschaftlich überprungen. Dahlens Oechl fiel aus dem Aufführungsstil heraus, aber er fiel nicht, sondern er stieg und schuf dadurch den unvergeß-lichen Höhepunkt der Trilogieaufführung. Hier war ein künst-lerisches Ereignis, ein künstlerisches Erlebnis.

Die anderen Darsteller sind mit Stefan Dahlen nicht zu vergleichen, da sie einem grundsätzlich anderen Stilwillen, dem des Regisseurs, folgten. Dabei wurde aber vorzügliches geleistet. Ein imponierender Hagen war Paul Rudolf Schulze in seiner finsternen Entschlossenheit, die bis zur Dämonie sich steigerte. Namentlich in „Kriemhilds Rache“ war er von ein-drucksvoller Geschlossenheit. Hier zeigte er sich auch als weit besserer Sprecher als am ersten Abend, wo er stellenweise, so gleich bei dem bedeutungslosen Einzug, einfach unverdächtig blieb. Außerdem fehlten ihm am ersten Abend die vom Dich-

Badisches Landestheater

Die Nibelungen

Ein deutsches Trauerspiel in drei Abteilungen von Friedrich Hebbel

In Szene gesetzt von Felix Naumbach

Erste Abteilung:

Der gehörnte Siegfried. Vorspiel in einem Akt.

Zweite Abteilung:

Siegfrieds Tod. Trauerspiel in fünf Akten.

Dritte Abteilung:

Kriemhilds Rache. Trauerspiel in fünf Akten.

Das Landestheater hat die Porten seines Schauspielers geöffnet. Wiederum wie im letzten Jahre beginnt die Spielzeit mit einem starken Akt. Friedrich Hebbels „Nibelungen“ werden in zwei Abendvorstellungen dargeboten.

Vor wir die Aufführung besprechen, soll hier des unerwarteten frühen Todes von Dr. Walter Landgrebe gedacht werden, der in der letzten Spielzeit, von Baden-Baden kom-mend, am Landestheater als Dramaturg, Regisseur und Dar-steller fruchtbarere künstlerische Arbeit leistete. Sein Wirken weckte Hoffnungen, die nun jäh abgebrochen sind. Vielleicht geht auch der Entschluß, die neue Spielzeit mit Hebbels „Nibe-lungen“ zu eröffnen, auf seine Anregung zurück. Jedenfalls ist er mit der Geschichte der Nibelungeninszenierung gut vertraut gewesen, hat er darüber doch eine kluge und kenntnis-reiche Abhandlung „Hebbels Nibelungen auf der Bühne“ ge-schrieben, in der auch der heutige Regisseur viel Lebens- und Lernenswertes finden kann.

Es ist bekannt, daß Hebbel bei aller bewußten hohen Ein-schätzung seiner Nibelungen-Trilogie die eigene dramatische Arbeit daran relativ gering wertete, da das epische Gedicht in sich schon alles Wesentliche enthalte, in sich schon durchaus dramatisch sei. Und zweifellos hält er sich auch, gerade im Gegensatz zu Richard Wagner, sehr genau an den Text des mittelhochdeutschen Nibelungenlieds. Und dennoch ist er nicht nur der Handwerker, der das vorhandene Mythenwerk in Ordnung bringt, richtet, aufzieht und in Gang setzt, sondern er erweist sich auch hier als echter dramatischer Dichter von durchaus eigener Prägung. Diese dichterische Schöpfungskraft zeigt sich nicht so sehr in der Gestaltung der Personen, die oft auffallend

Nach den Wahlen

Die Abgeordnetenliste

Die Verteilung der Abgeordnetenliste auf die Kreis- und Reichswahlvorschläge ergibt sich aus der nachstehenden Übersicht:

Parteien	Zahl der Sitze auf		
	Kreiswahlvorschlag	Reichswahlvorschlag	Zusammen
Sozialdemokr. Partei	133	10	143
Nat.-Soz. Arbeiterp.	98	9	107
Kommunistische Partei	69	7	76
Zentrum	61	7	68
Deutschnationale Wpt.	33	8	41
Deutsche Volkspartei	21	9	30
Wirtschaftspartei	15	8	23
Deutsche Staatspartei	13	7	20
Kaiserliche Volkspartei	11	2	13
Deutsches Landvolk	7	7	14
Christl.-Soz. Volksdienst	4	2	6
Deutsche Bauernpartei	2	5	7
Konf. Volkspartei	—	1	1
Deutsch.-Kathol. Partei	—	—	—
Landbund	3	—	3
	487	89	576

Ein Aufruf der Sozialdemokratie

Der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei veröffentlicht im „Vorwärts“ einen Aufruf, in dem er zunächst auf das Wahlergebnis eingeht und davor warnt, den Kommunisten und den Nationalsozialisten Einfluss auf die Politik der Reichsregierung zu geben.

Dieses das Feld zu überlassen, heiße Deutschland dem Bürgerkrieg ausliefern. Schon jetzt drohe als Folge des Wahlausganges Steigerung der Wirtschaftskrise, Vermehrung der Arbeitslosigkeit, neues Massenelend. Überwindung der Wirtschaftskrise mit ihrer Massenarbeitslosigkeit werde und müsse die vordringliche Sorge unserer Partei im neuen Reichstag sein. Hinweg mit dem Spiel der Diktatur, zurück zur verfassungsmäßigen Gesetzgebung! Das sei die zwingende Forderung, die sich aus der Situation des 14. September ergebe. Niemals werde die sozialistisch geschulte, in vielen Jahrzehnten erprobte Arbeiterklasse Deutschlands und ihre Führer, die Sozialdemokratische Partei, sich die Diktatur einer gewalttätigen Clique gefallen lassen, denn so wie Jugenbergs Diktatur die einst stärkste bürgerliche Partei, die Deutschnationale Volkspartei, zertrümmerte, so würde jeder Diktaturversuch ganz Deutschland in einen Trümmerhaufen verwandeln.

Eine Rundgebung der Zentrumsparlei

Der Vorsitzende der Deutschen Zentrumsparlei, Prälat Dr. Kaas, erklärt eine Rundgebung an die Wähler und Wählerinnen der Zentrumsparlei, in der es unter anderem heißt:

Die Deutsche Zentrumsparlei hat den Wahlkampf in Ehren bestanden. Unsere Kraft ist überall gewachsen. Die Angehörigen der Zentrumsparlei haben in diesem schweren Ringen eine Treue bewahrt, wie sie nur in den glänzendsten Zeiten der politischen Geschichte der Partei zu verzeichnen ist. Unser Wahlprogramm wird nunmehr unser Arbeitsprogramm sein.

Das Notprogramm und seine sachliche Ausgestaltung ist von der Regierung in Angriff genommen und muß fortgeführt werden. Sache der berufenen Stellen ist es, festzustellen, wo für dieses Reformprogramm aufbaubereite Kräfte sind. Nur eine solche Politik ist instand, das Wohl und die ruhige Entwicklung von Land und Volk zu gewährleisten. Durchbrängen von dem Glauben an unser Volk und an den Willen, das Werk gegen alle Kräfte der Verneinung weiterzuführen, gehen wir kommenden Entscheidungen entgegen.

ter bewußt aufgesetzten hellen und freundlicheren Lichter. Einen würdigen Partner hatte er in Ulrich von der Trend's Bolter, der, übrigens ein vorzüglicher Sprecher trotz gelegentlicher überstarker Dehnungen, vor allem durch seine intellektuelle Überlegenheit und Reife interessierte. Sein graues Tadelband vor dem Untergang mühte allerdings geschloffen und in der Geschlossenheit von größerer dynamischer Steigerung sein.

Gerhard Juchs König Günther war schwach und hob sich nur über seine noch schwächeren Brüder Gerhart und Fritz Luther und Giselher von Wilhelm Graf empor.

Paul Dietrich war ein strahlender Siegfried, wenn er auch gelegentlich Wubenscheibenbrill vertörperte. Als Dietrich von Bern war er würdig, gemessen, fast etwas langweilig; ein Regiefehler war, daß er, kaum zum Endkampf in den Saal eingetreten, schon die beiden überlebenden Recken Hagen und Günther gefesselt zurückbrachte.

Fritz Herz machte als Markgraf Nidiger keine gute Figur; es fehlte ihm die notwendige Frische, das bezwingend Herzliche. Aber er bleibt ein guter Sprecher und wußte dadurch doch zur Wirkung zu kommen.

Sehr gut waren die Frauenrollen besetzt. Von dämonischer Gewalt die Brunhilde von Melanie Ermarth, die ihr mythischen, menschliche Bande sprengenden Charakter verlieh. Sehr wirkungsvoll kontrastierte mit ihr die Kriemhild von Lieselotte Schreiner. Sehr bemerkenswert war, daß sie die Klippe des allzu „Maidlichen“, eben jenes Wubenscheibenbrillrischen, Flug vermied und bei allem Liebreiz doch durch bezeugte Würde die spätere Größe vorahnen ließ. Genieß blieb sie auch in den Höhepunkten ihres Geschehens in „Kriemhilds Rache“ durchaus klassische Versitzgäbden und wurde gerade deshalb nie die Unholdin, als die sie der Waffenmeister Hildebrand (Germann Brand, der übrigens aus der Rolle des Königs Günther sicherlich weit mehr als Lust gemacht hätte) bezeichnet, aber sie wußte Flug zu differenzieren und zu steuern und von ihrem übermenschlichen Leid zu überzeugen. Nach Dahlens Ehel erschien mir Lieselotte Schreiners Kriemhild als die bedeutendste darstellerische Leistung der Trilogieaufführung. Sehr sympathisch und warm war Marie Frauendorf als Ute. Geschickt fand sich Marie Genter mit Frigga und am zweiten Abend mit Nidigers Gattin Giselinde ab.

Mit reichem verdientem Beifall wurde die Aufführung an beiden Abenden belohnt. Das Publikum, das allerdings hätte zahlreicher sein dürfen, füllte sich anscheinend in dem einseitig gestalteten Parterretrium wohl, obwohl die neue Bestuhlung durch die Enge der Stuhlfreien keineswegs bequem ist.

Prof. Dr. Karl Holl.

Vier Todesopfer der Flugakrobatik

Aber dem Böblingen Flugplatz bei Stuttgart wollte der bekannte Luftakrobat Schindler das Überleben von einem Flugzeug auf ein anderes ausprobieren. Die beiden Flugzeuge verunglückten, stürzten ab und wurden zertrümmert. Sämtliche vier Insassen waren sofort tot.

Der Flugkünstler Fritz Schindler, der aus Karlsruhe stammt, versuchte am Donnerstagnachmittag einen Übergang von Flugzeug zu Flugzeug. Es stiegen zwei Maschinen auf, ein kleines Memm-Flugzeug und ein Flamingo-Doppeldecker. Besetzt waren die Maschinen von Hauptmann Engwiler, Monteur Hagenmaier, der erst vor kurzem von München nach Stuttgart gekommen war, von Fluglehrer Spengler und dem Luftakrobat Schindler. Die Maschinen machten eine Reihe von Versuchsflügen. Schließlich gelang es Schindler, von dem Flamingo aus eine an der Memm-Maschine herabhängende Leiter zu erreichen. Plötzlich schoben sich beide Maschinen zum Entsetzen der wenigen Zuschauer ineinander. So stürzten sie und schlugen außerhalb des Flugplatzes in etwa 30 Meter Abstand voneinander zu Boden. Schindler hatte sich von der Leiter gelöst und stürzte, da sich sein Fallschirm offenbar nicht öffnete, ab. Er schlug auf ein Haus außerhalb des Flugplatzes auf das Dach auf, durchschlug das Dach und blieb auf der Bühne des Hauses tot liegen. Ein weiterer Flieger hatte versucht, im Fallschirm abzuspriegen. Der Schirm hatte sich auch tadellos geöffnet, aber dann vermittelte sich eines der abstürzenden Flugzeuge mitten in den Fallschirm und riß den Piloten zu Boden. Drei der tödlich Verunglückten sind verheiratet. Ihre Frauen mußten den entsetzlichen Tod ihrer Männer miterleben.

Bei dem Unfall war auch ein Flugzeug mit einem Filmoperateur an Bord aufgestiegen, der das Kunststück Schindlers kinematographisch aufnehmen sollte. Hierbei sind auch die Unglücksvorgänge, die dem Versuch Schindlers folgten, mit auf den Film gekommen. Über die Verwendung dieses Films, der vielleicht wichtige Aufschlüsse geben kann, ist noch nichts bekannt, da die Flugpolizei diese Aufnahmen einstweilen beschlagnahmt hat.

Kleine Chronik

Der Termin im Hamburger Rhosgenprozess ist vom 25. September auf den 28. Oktober verlegt worden, um den Parteien Gelegenheit zu geben, zu den umfangreichen Gutachten der Sachverständigen Stellung zu nehmen.

Der des Todes an der Leipziger Studentin Charlotte Müller angeklagte Bauarbeiter Willi Leichter aus Bodau wurde vom Zweidauer Schwurgericht zum Tode verurteilt.

In Schmerin a. d. Warthe hat sich der Leiter der dortigen Aufbauschule, Studiendirektor Werner Rad, erschossen. Vor der Wahl übernahm Rad die Organisation der neugegründeten Staatspartei. Von der Polizei wird als Grund für den Selbstmord Rad's Nervenzusammenbruch und seelische Depression wegen des Wahlausfalles angegeben.

Eine Funkstation mit großem Aktionsradius wurde im Hauptquartier der Londoner Polizei errichtet. Damit verfügt sie über eine neue Waffe zur Bekämpfung des internationalen Verbrechertums, insbesondere der Kaufschiffhändler, denn durch die ständige Verbindung zwischen London und den hauptsächlichsten europäischen Häfen wird jetzt ein strafferes Zusammenarbeiten zwischen der Polizei der verschiedenen Länder möglich sein.

Aus London wird berichtet, daß der Bau des riesigen „Gunard-Dampfers“, der den deutschen Dampfern „Bremen“ und „Europa“ das Blaue Band des Atlantik wieder entreißen sollte, zum Stillstand gekommen sei, weil die Versicherungssumme von vier Millionen Pfund für das Schiff bei den Versicherungsgesellschaften nicht untergebracht werden konnte.

In der Nordmandschurie ist die Deulenkopf ausgebrochen und breitet sich in der Richtung auf Tjitsjar aus. Es sind bereits einige hundert Todesfälle zu verzeichnen. Der Bevölkerung hat sich große Unruhe bemächtigt.

Zu dem aus New York gemeldeten Kaufschiffsmuggel auf der „Europa“ teilt der Nord. Lloyd mit, daß es sich bei dem wegen Morphiumsmuggels verhafteten Karl Schuch nicht um einen Bordbedienten, sondern um einen in New York tätigen Dockarbeiter handelt.

Der Tarifvertrag für die Rheinschifffahrt

Das auf Veranlassung der Parteien des neuen Tarifvertrages für die Rheinschifffahrt erstattete Gutachten ist nun fertiggestellt und liegt bereits dem Druck vor. Den Parteien ist das Gutachten zugegangen. Die für den 19. September in Aussicht genommene Pressekonferenz in Köln, durch die die Öffentlichkeit über die wichtigsten Ergebnisse der Untersuchung unterrichtet werden sollte, mußte wegen plötzlicher Verhinderung des Vorsitzenden der Rheinkommission, Geheimrat Prof. Dr. Harms in Kiel, abgesagt werden. Die Presse wird nunmehr durch Übersendung eines Auszuges über die Ergebnisse des Gutachtens unterrichtet werden. Die in den letzten Tagen in der Presse verbreiteten Mitteilungen über die Gründe des Ausfallens der Pressekonferenz sind unzutreffend.

Der Bau der Redarktufen

Langsam, aber mit desto größerer Betriebsicherheit, geht — wie aus Heilberg berichtet wird — der Bau der Stau- und Redarktufen bei Redarksteinad voran. Trotz der in letzter Zeit mehrfach stattgefundenen Überflutungen der Baustelle konnten die Tiefbauten bei beiden Stau- und Redarktufen ohne jede Verzögerung rechtzeitig zu Ende geführt werden. Lediglich die Schleusenverkleidungen und die Maschinen in den Kraftwerken sind noch einzubauen. Auf Seiten der Bauverwaltung rechnet man damit, daß die Inbetriebnahme noch in diesem Jahre erfolgen kann.

Für die Stau- und Redarktufen von Dirschhorn und Rodenau werden zur Zeit die Vorarbeiten erledigt und die Entwurfsunterlagen ausgearbeitet. Die Ausschreibungen für die Bauarbeiten werden voraussichtlich zu Beginn des Jahres 1931 erfolgen. Bekanntlich war die Bauverwaltung verpflichtet, für die Redarkmühle bei der Karlsruhau eine Krafthaus zu errichten, das mit dieser Stufe in Verbindung stehen sollte. Die Unterwasserkanäle für dieses Haus sind jetzt fertiggestellt, so daß mit den Montagearbeiten an den Turbinensätzen begonnen werden konnte. Die gesamte Krafthausanlage der Redarkmühle wird Ende des Jahres betriebsfertig dastehen.

Die Kindersterblichkeit in Deutschland. Jährlich sterben in Deutschland durchschnittlich 3600 Kinder an Keuchhusten, 3400 an Diphtherie, 2600 an Masern, 1600 an Scharlach und nur 120 an spinaler Kinderlähmung.

Badischer Teil

Erweiterung der Koalition in Baden?

* Nach dem amtlichen Resultat der Reichstagswahl in Baden ergibt sich, wie schon am Montag hier mitgeteilt wurde, die Tatsache, daß die beiden Parteien der Regierungskoalition, Zentrum und Sozialdemokratie, nicht die Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen. Es wurden im ganzen 851 838, die Sozialdemokratie 210 547 Stimmen. Das Zentrum erhielt für beide Parteien zusammen 562 385 Stimmen. Die Mehrheit der abgegebenen Stimmen würde 588 951 Stimmen ausmachen.

Es war vorauszu sehen, daß die Nationalsozialisten auf Grund dieses Ergebnisses Neuwahlen in Baden verlangen würden. Darauf antwortet heute der „Badische Beobachter“ mit folgendem, sehr beachtenswerten Artikel:

„Im „Karlsruher Tagblatt“, Nr. 256, wird unter Hinweis auf die Feststellung in der „Karlsruher Zeitung“, daß die badische Koalitionsregierung bei Umlegung der Reichstagswahlergebnisse auf Baden nicht mehr wie bisher 57, sondern nur noch 47,6 Proz. der abgegebenen Stimmen hätte, die Forderung nach einer Erweiterung der Regierungskoalition erhoben. Wir wissen nicht, wer hinter dem Artikel des „Tagblattes“ steht; aber die Frage kann in jedem Fall in ruhiger Sachlichkeit erörtert werden. Es wäre töricht, schrieb Dr. Schöfer vor zwei Tagen im „Bad. Beobachter“, wenn man der Erörterung der Frage der Rückwirkung des Reichstagswahlergebnisses auf die badische Politik aus dem Weg gehen wollte.

Eine Auflösung des Landtags ist praktisch unmöglich, da die Vorbedingungen einer Auflösung nach der Verfassung derart sind, daß sie durch eine dafür notwendige Volksabstimmung nicht realisierbar wären. § 46 der badischen Verfassung verlangt, wie bereits zitiert, daß die Auflösung zunächst von 80 000 Stimmberechtigten verlangt werde. Sodann müssen aber die Hälfte aller Wahlberechtigten dafür stimmen. Nun hat zweifellos die „N. Bad. Ladsztg.“ recht, wenn sie meint, die 80 000 Stimmen würden die Nationalsozialisten wohl aufbringen, dagegen nicht die absolute Mehrheit der Stimmberechtigten. Bei der Landtagswahl 1929 waren es rund 1 538 000 Wahlberechtigte, bei der letzten Reichstagswahl mögen es etwa 1 560 000 Stimmberechtigte gewesen sein. Die Nationalsozialisten, die 228 600 Stimmen erhalten haben, könnten, selbst wenn die Kommunisten mit ihren 112 852 und die Deutschnationalen mit ihren 32 746 Stimmen zu Hilfe kämen, nur 372 000 Stimmen aufbringen. Notwendig aber wären etwa 780 000, die Auflösung des Landtags verlangende Stimmen, um die Auflösung zu erzwingen. Da die Regierungskoalition in Baden allein 562 385 Stimmen aufgebracht hat, ergibt sich daraus schon die Unmöglichkeit der Durchführung des nationalsozialistischen Antrags.

Eine andere Frage ist dagegen die nach einer Erweiterung der Koalition, so daß selbst nach dem Ergebnis der Reichstagswahl hinter der Koalitionsregierung eine Mehrheit stünde. Das Zentrum hat von jeher den Standpunkt vertreten, daß eine möglichst breite Regierungsbasis anzustreben sei. Bekanntlich wäre diese Verbreiterung auch sehr leicht möglich gewesen, wenn nicht im vorigen Jahre die Deutsche Volkspartei sich von der Demokratischen Partei hätte dazu bestimmen lassen, der Regierungskoalition fern zu bleiben, weil das Zentrum sich nicht vom Liberalismus vorschreiben lassen wollte, welche Ministerien das Zentrum haben dürfe und welche nicht. Der inzwischen verstorbene frühere deutschvolksparteiliche Abg. Dr. Oßfischer hat dieses Verhalten seiner Parteifreunde damals in der „Freiburger Zeitung“ scharf kritisiert und es bedauert, daß sie die Arbeitsgemeinschaft mit der Demokratie eingegangen und dadurch „die klare Linie“ ihrer Taktik ausgegeben hätten. Weder Zentrum noch Sozialdemokratie tragen irgend eine Schuld. Eine Erweiterung der Regierung ist, wie gesagt, auch heute noch und heute wieder möglich, und zwar nicht bloß nach der liberalen Seite hin. Aber dazu ist freilich ebenso wie im Reich so auch in Baden notwendig, daß die Vernünftigen sich zusammenfinden und nicht von verzerrten Vorurteilen leiten lassen.

Nochmalige Verkündung des Finanzgesetzes

Am einem in der Öffentlichkeit wegen der Abänderung des Schulaufwandsgesetzes aufgetretenen Zweifeln zu begegnen, hat das Staatsministerium beschlossen, das Finanzgesetz für die Jahre 1930 und 1931 nach Ablauf der in § 23 der Verfassung vorgeschriebenen Frist von drei Monaten nochmals zu verkünden. Die Veröffentlichung erfolgte in der gestrigen Nummer 32 des Gesetz- und Verordnungsblattes.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	19. September		18. September	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.89	169.23	168.86	169.20
Kopenhagen 100 Kr.	112.17	112.39	112.19	112.41
Italien . . . 100 L.	21.945	21.985	21.955	22.995
London . . . 1 Pf.	20.371	20.411	20.378	20.418
New York . . . 1 D.	4.1915	4.1995	4.1915	4.1995
Paris . . . 100 Fr.	16.465	16.505	16.465	16.505
Schweiz . . . 100 Fr.	61.35	61.51	61.35	61.51
Wien 100 Schilling	59.185	59.305	59.185	59.305
Prag . . . 100 Kr.	12.442	12.462	12.441	12.461

Ja, ja, die Nerven...

höchste Zeit KAFFEE HAG zu trinken

Aus der Landeshauptstadt

Schwarzwaldbewerkschaftsfahrt. Der Deutsche Auto-Club E. V. hat in den letzten Tagen in Berlin sein neues Klubheim in Anwesenheit von zahlreichen Vertretern der Presse, des Reichspräsidenten und der Behörden eröffnet. Im Januar wird der Club in Berlin das erste ausschließlich für Kraftfahrer eingerichtete Messegelände eröffnen, das nicht nur den Mitgliedern, sondern sämtlichen Automobilisten unentgeltlich mit Auskünften und Beratungen zur Verfügung steht. Zum Winter plant der Club eine größere öffentliche Ausstellung in Berlin unter der Devise „Reisen im Auto“. Auch in Karlsruhe wird die hiesige Ortsgruppe des Clubs, die im März 1930 gegründet wurde, zum erstenmal mit einer größeren Veranstaltung am 28. September in die Öffentlichkeit treten. Er veranstaltet eine Schwarzwaldbewerkschaftsfahrt, an der sämtliche Automobilisten ohne Rücksicht auf Klubangehörigkeit teilnehmen können. Es soll keine Neuanstellung sein, sondern an der Fahrt sollen Herrenfahrer teilnehmen, die sich auf diese Weise mit ihrem Wagen und dem Gelände vertraut machen sollen. Die Fahrt führt von Karlsruhe über Durlach, Forstheim, Wildbad, Engländerle, Welsfeld, Murgtal, Forbach, Gernsbach, Herrenalb nach Karlsruhe zurück. Auf der 153 Kilometer langen Strecke muß je nach der Wagenklasse eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 35 bis 45 Kilometer erzielt werden. Ein gut durchdachtes Punktsystem mit Geheimkontrollen ermöglicht eine genaue Wertung der einzelnen Leistungen. Die Ausschreibung ist aber so gedacht, daß möglichst breite Kreise an dieser sportlichen Veranstaltung teilnehmen und dadurch Freude am Autofahren gewinnen sollen. Auch Motorräder sollen daran teilnehmen, vor allen Dingen, nachdem in den letzten Wochen verschiedene Motorclubs ihren Beitritt als Kartellmitglieder des D.A.C. vollzogen haben. Die Veranstaltung soll auch für die künftigen Jahre beibehalten und noch weiter ausgebaut werden.

Badisches Landestheater. Die Generaldirektion des Bad. Landestheaters macht darauf aufmerksam, daß nach Eröffnung der Spielzeit 1930/31 neu zugehende Abonnenten die in den betreffenden Mietabteilungen bereits gegebenen Stühle nachgeliefert erhalten. Zu diesem Zweck werden Erfahrlatten ausgestellt.

Wetterbericht der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe. An der Vorderseite eines neuen atlantischen Tiefs herrscht heute früh wieder heiteres Wetter, das jedoch ebenfalls keinen Bestand haben wird, da das Tief sich rasch nach Nordosten weiter bewegt. Voraussage: Fortdauer des bestehenden veränderlichen Witterungscharakters.

Gemeinderundschau

aus dem Mannheimer Bürgerausschuß

Der Bürgerausschuß Mannheim hat in seiner Donnerstag-Sitzung den Eingemeindungen von Sedenheim und Friedrichsfeld mit überwiegender Mehrheit, denjenigen von Sandhof, des Kirchhartthäuser Hofes und des Straßenheimer Hofes (bei Geddesheim) einstimmig zugestimmt. Mannheim vergrößert sich dadurch um zirka 2000 Hektar Grundfläche und um über 12 000 Einwohner.

Der Bürgerausschuß stimmte ferner einer Reihe früherer Stadtratsbeschlüsse zu. Für Arbeitsbeschaffung im kommenden Winter bewilligte er 2 Millionen Reichsmark, 1,75 Millionen werden im Anleihenwege bzw. aus herbeigeholten Mitteln entnommen; der Rest von 225 000 M. belastet den Voranschlag des Fürstbischöflichen. — Zur Verbesserung der Zufahrt zur neuen Rheinbrücke auf Mannheimer Seite wurden aus Anleihenmitteln 425 000 M. bewilligt. Ferner trat der Bürgerausschuß dem Stadtratsbeschlusse bei, den Reservefonds des Nationaltheaters mit einem Bestand von rund 32 000 M. aufzulösen und mit der vom Lande Baden anlässlich des 150jährigen Jubiläums des Nationaltheaters gemachten Stiftung im Betrag von 25 000 M. zu einer gemeinsamen Stiftung zu vereinigen. Die 57 000 M. ausmachenden Erträge sollen verwendet werden, um der minderbemittelten Mannheimer Bevölkerung den Besuch des Theaters zu erleichtern.

Die Mannheimer Hotel-Gesellschaft m. b. H. hat das Geschäftsjahr 1929/30 mit einem Verlust von 329 391,14 M. abgeschlossen. Der Bürgerausschuß hat in nichtöffentlicher Sitzung beschlossen, diesen Verlust des Palasthotels aus Wirtschaftsmitteln des Rechnungsjahres 1929 zu decken.

Heidelberg erhält eine Hopfensteigehalle. Der Bürgerausschuß Heidelberg wird sich mit dem Beschluß des Stadtrates zu befassen haben, in Heidelberg-Mohrbach eine Hopfensteigehalle zu errichten. Das Gebiet der Stadt Heidelberg ist mit den Gemeinden Wiesloch, Baiertal, Diebheim, Malsch, Mühlhausen, Nauentberg, Mettigheim, Weimen, St. Ilgen, Rühlach, Stiefelb Langenbrücken, Karlsdorf, Ringolsheim, Ditzingen, Odenheim, Zeuzen zusammen einem einheitlichen Siegelbezirk IV (Bruchsal-Wiesloch) zugeteilt. Um den Transport nach Wiesloch zu vermeiden, und

dem qualitativ hochstehenden Heidelberger Hopfen die notwendige Veredlung zu geben, soll nunmehr eine eigene Hopfensteigehalle errichtet werden. Die Siegelgebühr beträgt für einen Ballen 1,50 M., die Wiegegebühr für Ballen bis 50 Kilogramm 0,25, über 50 Kilogramm 0,50 M.

Stillelegung der Nebenlinie Tauberbischofsheim—Königsheim? Zur Zeit kursiert in Tauberbischofsheim das Gerücht, daß die Teilstrecke Tauberbischofsheim—Königsheim, zu der für die Strecke Tauberbischofsheim—Siedach das Mittelstück Königsheim—Hartheim trotz vieler Versprechungen immer noch nicht ausgebaut ist und trotz großer Dringlichkeit auch für die nächsten Jahre immer noch nicht vorgesehen ist, stillgelegt werden soll, wegen Unrentabilität. Wie man hört, soll der Betrieb auf Postautos übertragen werden. Sollte das Gerücht sich bewahrheiten, dann fordern die betreffenden Gemeinden Durchgangsbetrieb bis Hartheim, damit wenigstens einigermaßen die bisherige ohnedies sehr schlechte Verbindung wenigstens erhalten bleibt.

Der Gemeinderat Oberbach beschäftigte sich eingehend mit der vom Gewerbeverein in einer Eingabe geforderten Neubelebung der Bauaktivität durch Maßnahmen der Stadtverwaltung und in diesem Zusammenhang mit der Forderung für die ausgearbeiteten Arbeitslosen. Sofern in genügendem Umfange Interessenten für Neubauten in der Stadt vorhanden sein sollten und die Beschaffung des erforderlichen Kapitals möglich ist, soll durch Neugründung von städtischen Baubetrieben die Bauaktivität erneuert werden. Bei der Gewährung neuer Baudarlehen soll alsdann zur Bedingung gemacht werden, daß in erster Linie Ausgewerkte bei den Bauarbeiten beschäftigt werden müssen. Ferner beschloß der Gemeinderat, das Projekt der Forderung durch die Reichsbahn-Gesellschaft, bezüglich dessen vom Landesarbeitsamt bereits Mittel aus der produktiven Gewerkschaftssteuer bewilligt worden sind, im Interesse der Eingliederung der Arbeitslosen in den Produktionsprozeß so zu fördern, daß noch in diesem Monat tunlichst mit den Arbeiten begonnen werden kann.

Die Badener Kurverwaltung verteidigt sich — Warum keine deutsche Modenschau? Gegen die Badener Kurverwaltung ist der Vorwurf erhoben worden, daß sie eine französische Modenschau aufziehe und es damit mit der französischen Industrie halte. Hierzu teilt die Kurverwaltung jetzt mit, daß sie zunächst versucht habe, drei Baden-Badener Firmen für die von ihr geplante Modenschau zu gewinnen, und daß sie, nachdem diese eine Beteiligung nicht zugesagt hatten, an große Berliner Modestimmen, sowie an solche in Frankfurt und Wiesbaden herantrat, um diese Firmen zur Beteiligung zu gewinnen. Aber auch von diesen deutschen Firmen erhielt die Kurverwaltung, wahrscheinlich aus wirtschaftlichen Gründen, eine Absage, und sie sei deshalb, um den Plan einer Modenschau durchzuführen, genötigt gewesen, sich nach Paris zu wenden, um das Gewandstück von dort zu beziehen. Baden-Baden, das in diesem Jahre sehr stark von Ausländern besucht sei, müsse, um seinen Ruf als internationaler Badeort zu wahren, seinen Gästen etwas Großartiges bieten. Aus diesem Grunde sei die Kurverwaltung nach Absage großer deutscher Modestimmen genötigt gewesen, vom Ausland das herbeizuholen, was sie dem Inland nicht beziehen konnte.

Forbach erhält ein neues Rathaus. Am Montag wurde im Beisein des Landrats Tritzschler (Rastatt) als Vertreter der Regierung in feierlicher Weise der Grundstein zum neuen Rathaus in Forbach gelegt, das mit einem Kostenaufwand von 240 000 Reichsmark erstellt werden soll.

Der Voranschlag von Neustadt. Der soeben erschienene Voranschlag der Stadt für 1930/31 beziffert die Gesamtausgabe auf 848 080 M., die Einnahmen ohne Bürgergenussaufgabe auf 714 620 M. Der ungedeckte Aufwand von 133 460 M. soll gedeckt werden: 129 000 M. auf 72 Rpf Grundvermögen, 23 Rpf Betriebsvermögen und 540 Rpf vom Gewerbebeitrag, ferner 4460 Reichsmark durch 1/10 vom auflagepflichtigen Wert des Bürgergenusses.

Der Bürgerausschuß St. Georgen i. Schw. lehnte die Einführung einer Biersteuer auf Grund der Notverordnung ab. Da die voraussichtlichen Einnahmen aus dieser Steuer bereits in den Voranschlag 1930/31 eingestellt waren, mußte letzterer wieder zurückgezogen werden. Die Biersteuer wird nun wohl der Gemeinde von Amts wegen auferlegt werden.

Der 10 000. Kurgast in Badenweiler. Am 6. September ist in Badenweiler der zehntausendste Kurgast der Saison, Frau Kurt Bentner aus Forstheim, eingetroffen und im Hotel Engler abgestiegen. Die Kurverwaltung Badenweiler ließ aus diesem Anlaß der Dame ein Geschenk überreichen.

Der Bürgerausschuß Konstanz beschäftigte sich mit der Einführung einer Gemeindebesteuerung. Die Einnahmen hieraus sollen zur Deckung eines Fehlbetrages von 244 000 M., der sich gegenüber dem Voranschlag beim Abschmitt für Folgejahre ergeben hatte, Verwendung finden. Sowohl der Stadtbürgerschaft wie auch die Mehrzahl der Parteien entschieden sich für Vertagung der Angelegenheit.

Die städtische Polizei in Waldshut soll in eine staatliche umgewandelt werden. Die Überführung soll bereits am 1. Oktober 1930 erfolgen.

Die Milchschulden der badischen Gemeinden. In dem Jahresbericht beschäftigt sich die Schweizerische Bankvereinigung mit der Abwicklung der von der Schweiz badischen Gemeinden gewährten sogenannten Milchschulden. In dem Bericht wird hervorgehoben, daß das Schuldkapital der badischen Gemeinden zum 31. Dezember 1929 gänzlich getilgt worden ist. Die Schweizerische Bankvereinigung gibt bei dieser Gelegenheit ihrer Genugtuung Ausdruck, daß das Abkommen über die Milchschulden mit Hilfe der badischen Regierung in allen Teilen zur vollen Befriedigung der Gläubiger durchgeführt worden ist, und daß ein so wichtiges, aus der Kriegszeit herrührendes Konglomerat von Schuldverpflichtungen seine endgültige Erledigung gefunden hat.

Kurze Nachrichten aus Baden

D3. Mannheim, 18. Sept. Im Ludwigstal bei Schriesheim wurde der Grundstein für ein neues Kreisaltersheim gelegt. **bid. Wintersdorf** (bei Rastatt), 18. Sept. Die französischen Besetzungen am Rhein gegenüber dem Fluß durch die Franzosen haben im Laufe der letzten Woche große Fortschritte gemacht. Es wurde nicht nur bei Tag, sondern auch die ganze Nacht hindurch mit elektrischer Beleuchtung und einer großen Detonationsmaschine gearbeitet. Der eine Unterstand ist mit dem Erdboden gleich, der andere reicht ungefähr drei Meter über diese Erhöhung, wozu meistens Eisen und Zement verwendet wurde.

D3. Baden-Baden, 17. Sept. Heute nachmittag kurz nach 5 Uhr ist Henry Ford, der amerikanische Automobilkönig, in Baden-Baden eingetroffen und im Hotel Stephanie abgestiegen.

WFB. Sigmaringen, 18. Sept. (Tel.) Regierungspräsident i. R. Dr. Wölter ist heute früh in der Universitätsklinik in Tübingen im Alter von 71 Jahren gestorben. Er war viele Jahre im Hohenzollernschen Kommunalamt und Landesausführer tätig und von 1919 bis zu seiner Zurückberufung 1926 Regierungspräsident des preussischen Regierungsbezirks Sigmaringen. Von 1906—1918 gehörte der Verstorbenen als Mitglied der Zentrumsfraktion dem Preussischen Landtag, von 1906—1918 dem Reichstag an. Seit 1922 bis zu seinem Tode war er Mitglied des preussischen Staatsrates.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung.
Errichtung einer Apotheke in Karlsruhe (Karlsplatz).
Die Berechtigung zum Betriebe einer in Karlsruhe, Karlsplatz oder Karlsruferstraße, zwischen Südenstraße und Welfenstraße, neu zu errichtenden Apotheke wird zur Verwertung ausgeschrieben. Gesuche sind unter Vorlage der erforderlichen Nachweise (vgl. Bekanntmachung vom 11. Januar 1930, Apotheke in Neudau, Staatsanzeiger vom 14. Januar 1930) einzureichen.
Ablauf der Bewerbungsfrist: 15. Oktober 1930.
Karlsruhe, den 17. September 1930.
Der Minister des Innern.
J. B.: Weigel.

Nach den Meldungen der Bezirksärzte waren am 15. September 1930 im Lande Baden verstorben mit:

Kreis	Städte	Gemeinden
Bruchsal	Heidelberg, Hemsheim, Emmendingen, Birstetten, Heidelberg-Wieslingen, Ebingen, Plankstadt, Schriesheim, Sedenheim, Neudorf, Stein a. R., Neffelsried, Ohlsbach, Denklingen, Eppingen, Tauberbischofsheim, Geddesheim, Hemsbach, Rühlach	
Bruchsal	Kirrlach	
Waldshut	Deheln, Mettenberg, Untermettingen	

Badisches Statistisches Landesamt.

Jagdverpachtung.

Die Gemeinde Altkuhheim verpachtet in öffentlicher Versteigerung am

Donnerstag, dem 9. Oktober 1930, nachm. 4 Uhr im Rathaus daselbst die Ausübung der Jagd auf Gemarkung Altkuhheim in 3 Jagdbezirken und Jagdbezirk der Hubwaldgenossenschaft für die Zeit vom 1. Februar 1931 bis 31. Januar 1937, wozu Pacht Liebhaber eingeladen werden.

Der Jagdbezirk I umfaßt die Feldgemarkungsteile östlich der Landstraße Neuluhheim/Speyer bzw. Rhein-Ström mit 633 ha.

Der Jagdbezirk II umfaßt die Feldgemarkungsteile westlich der Landstraße Neuluhheim/Speyer und Neuluhheim/Waghäusel mit 314 ha.

Der Jagdbezirk III umfaßt die Feldgemarkungsteile östlich der Landstraße Neuluhheim/Waghäusel bis zur Gemarkungsgrenze Neuluhheim und Neilingen, sowie dem Gemeindegewald mit 143 ha.

Der Jagdbezirk Hubwald der Hubwaldgenossenschaft Altkuhheim umfaßt den gesamten Hubwald mit 212 Hektar und wird begrenzt durch die Gemarkung Intereze Lufhardt Landstraße Neuluhheim/Waghäusel, Kriegsbach auf Gemeindegewald Altkuhheim.

Als Bieter werden nur solche Personen zugelassen, welche im Besitze eines Jagdpasses sich befinden oder durch ein schriftliches Zeugnis der zuständigen Behörde (Bezirksamt) nachweisen, daß gegen die Erteilung des Jagdpasses Bedenken nicht obwalten.

Auswärtige Steigerer haben auf Verlangen im Termin durch ein Vermögenszeugnis neuesten Datums ihre Zahlungsfähigkeit nachzuweisen.

Der Entwurf des Jagdpachtvertrags liegt zur Einsicht im Rathaus auf.

Altkuhheim, den 18. September 1930. R. 587
Der Gemeinderat:
Walkeich.

Zwangsversteigerung.

2 V. T. 26/30.

Im Zwangswege versteigert das Notariat 2 Karlsruhe am

Montag, dem 17. November 1930, nachmittags 3 Uhr in seinen Diensträumen in Karlsruhe, Kaiserstr. 134, II. Stod, Zimmer 14 das Grundstück des Friedrich Meier, Bädermeister in Waldshut, auf Gemarkung Karlsruhe.

Die Versteigerung wurde am 28. Juli 1930 im Grundbuch vermerkt. Die Nachweisungen über das Grundstück samt Schätzung kann jedermann einsehen. Rechte, die am 28. Juli 1930 noch nicht im Grundbuch eingetragen waren, sind spätestens in der Versteigerung, vor der Aufforderung zum Bieten anzumelden und bei Widerspruch des Gläubigers glaubhaft zu machen; sonst werden sie im geringsten Gebot nicht und bei der Erlösverteilung erst nach dem Anspruch des Gläubigers und nach den übrigen Rechten berücksichtigt. Wer ein Recht gegen die Versteigerung hat, muß das Verfahren vor dem Zuschlag aufheben oder einstweilen einstellen lassen, sonst tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.

Grundbuchbeschreibung:

Grundbuch von Karlsruhe Band 80 Fezt 19:

Lfg. Nr. 1908: 1 a 93 qm Hofreite — Markgrafenstraße Nr. 8 —

Hierauf steht:

a) ein zweistöckiges Wohnhaus mit gewölbtem und Balkenteller,

b) ein zweistöckiges Hinterhaus, Bäderei.

Schätzungswert ohne Zubehör: 28 000 M., mit Zubehör: 28 013 M.

Karlsruhe, den 16. September 1930.
Badisches Notariat 2 — als Vollstreckungsgericht.

Q. 888. Karlsruhe.

Das Vergleichsverfahren über das Vermögen der Firma C. Büchle, Inh. Gebr. Kohnmann in Karlsruhe, Schüringstr. 23, wurde nach erfolgter Befestigung des am 10. September 1930 geschlossenen Vergleichs aufgehoben.

Karlsruhe, 17. Sept. 1930.
Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 1.

Q. 887. Karlsruhe. Auf Antrag des Schuldners und der Vertrauensperson der Firma Heinrich Weintraub, Inhaber Kaufmann Heinrich Weintraub in Karlsruhe, Kronenstr. 52, wurde der Termin zur Verhandlung über den Vergleichsvorschlag vom 24. September 1930 verlegt auf: Montag, den 29. September 1930, nachmittags 4 Uhr vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestr. 3, III. Stod, Zimmer Nr. 263.

Karlsruhe, 17. Sept. 1930.
Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 8.

Schwellingen. Q. 886

Güterversteigerungstermin

am Montag, den 11. September 1930, 10 Uhr

Badisches Landestheater

Freitag, 19. Sept. 1930

Volksbühne:

Septembervorstellung

Amnestie

Schauspiel von Fintelburg

Regie: Baumbach

Mitwirkende:

Emmrich, Frauenborfer, Genter, Seiling, Brand, Gemmede, Graf, Herz, Hierl, Kuhn, Meiner, Reith, Schulze, S. Kienker, Luther.

Anfang 20 Ende 22 1/2

Preise A (0,70—5 M)

So. 21. Sept.: Die Stimme von Partici. Im Konzerthaus: Sinf. No. 22. Sept.: Amnestie.

So. 21. Sept.: Die Stimme von Partici. Im Konzerthaus: Sinf. No. 22. Sept.: Amnestie.

So. 21. Sept.: Die Stimme von Partici. Im Konzerthaus: Sinf. No. 22. Sept.: Amnestie.

So. 21. Sept.: Die Stimme von Partici. Im Konzerthaus: Sinf. No. 22. Sept.: Amnestie.

So. 21. Sept.: Die Stimme von Partici. Im Konzerthaus: Sinf. No. 22. Sept.: Amnestie.

So. 21. Sept.: Die Stimme von Partici. Im Konzerthaus: Sinf. No. 22. Sept.: Amnestie.

So. 21. Sept.: Die Stimme von Partici. Im Konzerthaus: Sinf. No. 22. Sept.: Amnestie.

So. 21. Sept.: Die Stimme von Partici. Im Konzerthaus: Sinf. No. 22. Sept.: Amnestie.

So. 21. Sept.: Die Stimme von Partici. Im Konzerthaus: Sinf. No. 22. Sept.: Amnestie.

So. 21. Sept.: Die Stimme von Partici. Im Konzerthaus: Sinf. No. 22. Sept.: Amnestie.

So. 21. Sept.: Die Stimme von Partici. Im Konzerthaus: Sinf. No. 22. Sept.: Amnestie.

So. 21. Sept.: Die Stimme von Partici. Im Konzerthaus: Sinf. No. 22. Sept.: Amnestie.

So. 21. Sept.: Die Stimme von Partici. Im Konzerthaus: Sinf. No. 22. Sept.: Amnestie.

So. 21. Sept.: Die Stimme von Partici. Im Konzerthaus: Sinf. No. 22. Sept.: Amnestie.

So. 21. Sept.: Die Stimme von Partici. Im Konzerthaus: Sinf. No. 22. Sept.: Amnestie.

So. 21. Sept.: Die Stimme von Partici. Im Konzerthaus: Sinf. No. 22. Sept.: Amnestie.

So. 21. Sept.: Die Stimme von Partici. Im Konzerthaus: Sinf. No. 22. Sept.: Amnestie.

So. 21. Sept.: Die Stimme von Partici. Im Konzerthaus: Sinf. No. 22. Sept.: Amnestie.

So. 21. Sept.: Die Stimme von Partici. Im Konzerthaus: Sinf. No. 22. Sept.: Amnestie.

So. 21. Sept.: Die Stimme von Partici. Im Konzerthaus: Sinf. No. 22. Sept.: Amnestie.

So. 21. Sept.: Die Stimme von Partici. Im Konzerthaus: Sinf. No. 22. Sept.: Amnestie.

So. 21. Sept.: Die Stimme von Partici. Im Konzerthaus: Sinf. No. 22. Sept.: Amnestie.

So. 21. Sept.: Die Stimme von Partici. Im Konzerthaus: Sinf. No. 22. Sept.: Amnestie.

So. 21. Sept.: Die Stimme von Partici. Im Konzerthaus: Sinf. No. 22. Sept.: Amnestie.

So. 21. Sept.: Die Stimme von Partici. Im Konzerthaus: Sinf. No. 22. Sept.: Amnestie.

So. 21. Sept.: Die Stimme von Partici. Im Konzerthaus: Sinf. No. 22. Sept.: Amnestie.

So. 21. Sept.: Die Stimme von Partici. Im Konzerthaus: Sinf. No. 22. Sept.: Amnestie.

So. 21. Sept.: Die Stimme von Partici. Im Konzerthaus: Sinf. No. 22. Sept.: Amnestie.